

Tiefschläge für Washington

Moskau punktet im Nahen Osten: Immer mehr US-Verbündete wenden sich Russland zu

Rainer Rupp

In Nahen Osten überschlagen sich die Ereignisse. Was noch vor wenigen Wochen als sehr weit hergeholt galt, ist heute schon Realität. So ist innerhalb kürzester Zeit den USA die Kontrolle über den Irak entglitten. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich bereits in Jordanien ab, das nun bei der Bekämpfung der Terrormilizen »Islamischer Staat« (IS) und Al-Nusra-Front lieber mit Russland und Iran zusammenarbeitet. Das ist das vorläufige Resultat einer beispiellosen Fehlkalkulation Washingtons, das sich mit seinen Umsturzplänen für Syrien in eine ausweglose Situation manövriert hat und nun eine Demütigung nach der anderen erfährt.

Bereits im September hatte die irakische Regierung von Ministerpräsident Haider Al-Abadi in Bagdad gemeinsam mit Russland, Syrien und Iran ein Koordinationszentrum zum gemeinsamen Kampf gegen den grenzübergreifenden Terrorismus gegründet. Als Abadi nach den ersten Erfolgen der russischen Luftoffensive in Syrien erklärte, er würde auch russische Luftangriffe auf IS-Ziele im Irak willkommen heißen, schrillten in Washington alle Alarmglocken. Schließlich musste das Pentagon mit einem demütigenden Rausschmiss ausgerechnet aus dem Land rechnen, das die USA vor zwölf Jahren per Krieg »befreit« hatten.

Flugs reiste der oberste US-Offizier, der Chef der gemeinsamen Stabschefs, Joseph Dunford, nach Bagdad und setzte Abadi am 21. Oktober ein Ultimatum: Die Regierung in Bagdad müsse sich entweder für russische oder US-amerikanische Hilfe entscheiden, beides könne sie nicht haben. Angeblich, so verlautete zunächst aus US-Quellen, hat Abadi dem Amerikaner versprochen, die Russen nicht um Hilfe zu bitten. Aber genau das tat der irakische Ministerpräsident dann wenige Tage später, als er Moskau grünes Licht gab, aus Syrien fliehende IS-Konvois über die Grenze zu verfolgen und auch auf irakischem Territorium anzugreifen.

Washington startete einen verzweifelten Versuch, um zu beweisen, dass die USA immer noch zu einer wirksamen Bekämpfung des Terrorismus fähig sind. Dazu schickten sie 30 Soldaten der Special Forces gemeinsam mit kurdischen Peschmerga auf eine Mission in die nordirakische Stadt Hawidscha, wo sie angeblich 70 Gefangene aus einem IS-Gefängnis befreiten. Praktischerweise hatte ein US-Soldat eine Helmkamera dabei, mit der die ganze Operation gefilmt und westlichen Medien zur Verfügung gestellt wurde.

Offenbar war man in Washington davon ausgegangen, dass die erfolgreiche Mission in Hawidscha ausreichend war, um das Vertrauen wiederherzustellen. Das Video wurde sofort nach seiner Veröffentlichung von Pentagon-Chef Ashton Carter genutzt, um dem Senat am 28. Oktober zu sagen, dass sich das US-Militär nun darauf vorbereite, auch mit Bodentruppen direkt in die Kampfhandlungen im Irak und in Syrien einzugreifen. Darauf folgte der bisher wohl peinlichste Moment in einer Reihe von Rückschlägen für die »Strategie« Washingtons im Nahen Osten. Offensichtlich hatte keiner daran gedacht, erst die Regierung in Bagdad zu fragen. Deren Regierungssprecher Saad Al-Hadithi wies das US-Ansinnen mit den Worten zurück: »Dies ist eine irakische Angelegenheit und die Regierung hat das US-Verteidigungsministerium nicht gebeten, sich an direkten Operationen zu beteiligen. Wir haben genug Soldaten vor Ort.«

Der Punkt hier ist: Nach fast 13 Jahren De-facto-Besatzung und nach 13 Monaten unwirksamer

US-Luftangriffe gegen den IS hat Bagdad ein für alle Mal genug von der »Hilfe« aus Washington. Hinzu kommt, dass die meisten Iraker inzwischen überzeugt sind, dass die USA kein Interesse an der Vernichtung des IS haben, weil sie die Terrororganisation als nützliches Instrument zur Rechtfertigung ihrer weiteren Anwesenheit im Zweistromland nutzen möchten.

Der nächste Tiefschlag für Washington kam am Wochenende aus Jordanien. In der Hauptstadt Amman hat Russland mit der dortigen Regierung ein Koordinationszentrum für die Streitkräfte beider Länder vereinbart, um Einsätze von Militärflugzeugen über syrischem Territorium abzustimmen. Nach Angaben des russischen Außenministers Sergej Lawrow hat sich Jordanien bereit erklärt, eine positive Rolle bei der Suche nach einer politischen Lösung des syrischen Konflikts durch Verhandlungen zwischen der Regierung in Damaskus und Oppositionskräften zu spielen – ein Ziel, das auch Russland selbst verfolgt. Ebenso wie im Irak zeigt sich auch die jordanische Regierung höchst unbotmäßig gegenüber Washington, das jegliche Zusammenarbeit mit Russland in Syrien strikt ablehnt und über die russisch-jordanische Kooperation höchst verärgert sein dürfte.

Es ist, als wäre durch die Präsenz und die Erfolge der Russen in Syrien ein Damm gebrochen. Kann es sein, dass mehr und mehr Länder im russischen Vorstoß in Syrien – den Schurkenstaaten USA, Großbritannien und Frankreich, Türkei, Saudi-Arabien und Katar die Stirn zu bieten und für die Achtung des Völkerrechts und der nationalen Souveränität eine Lanze zu brechen – eine lang ersehnte Gelegenheit sehen, sich aus der Umklammerung des Washingtoner Hegemons zu lösen? Selbst die Regierung in Afghanistan hat Moskau um Militärhilfe gebeten. Und sogar der stets ängstliche UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat nun den Mut gefunden, die USA wegen ihrer Syrien-Politik scharf zu verurteilen.

Washington übt Selbstverteidigung

Die Einsätze der russischen Armee in Syrien erfolgen auf Bitten und mit Zustimmung der syrischen Regierung. Sie sind somit »völkerrechtlich zulässig«. Darauf verweist Alexander S. Neu, Linke-Obmann im Verteidigungsausschuss des Bundestages. Und er erinnert: »Entsprechende Bitten bzw. eine Zustimmung der syrischen Regierung zu Einsätzen von US-amerikanischen, britischen und französischen Militärkräften liegen nicht vor; diese stellen daher Souveränitätsverletzungen gegenüber Syrien dar.« Von der Bundesregierung wollte Neu wissen, wie sie dazu komme, die Luftraumverletzungen US-amerikanischer, britischer oder französischer Kräfte hinzunehmen bzw. zu befürworten.

Das Bundesverteidigungsministerium begründete in einem *jW* vorliegenden Schreiben ihre Rechtsposition wie folgt: »Die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich haben dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mitgeteilt, dass ihr militärisches Vorgehen in Syrien in Wahrnehmung des Selbstverteidigungsrechts nach Artikel 51 der UN-Charta erfolgt, entweder als eigene Selbstverteidigung oder als kollektive Selbstverteidigung zur Unterstützung eines anderen Staates.«

Darüber kann Neu nur den Kopf schütteln. »Ich verstehe nicht, was die USA, Frankreich und weitere westliche Staaten in Syrien verteidigen? Sich selbst jedenfalls nicht – und auch Syrien nicht«, erklärte er gegenüber *jW*. Der Begriff der Selbstverteidigung sei völkerrechtlich eindeutig territorial gebunden, d.h., die Verteidigung des eigenen Staatsgebietes nach einem vorherigen Angriff auf dieses. »Wenn ein Staat dies für sich reklamieren kann, dann wohl Syrien«, so Neu weiter. »Syrien wird nicht nur von diversen Terrorgruppen im Inneren, sondern auch von westlichen Regime-Changern gewaltsam bedrängt, die selbstherrlich Syrien ohne Zustimmung der Regierung und somit rechtsbrechend betreten.« (rg)

<http://www.jungewelt.de/2015/11-05/013.php>